STADT BIELEFELD
- Sozial- und Gesundheitsausschuss -

Sitzung Nr.
SGA/045/2024

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am 04.12.2024

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung:	17:20 bis 17:30 Uhr
Ende:	19:23 Uhr

Anwesend:

CDU
Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Frau Tanja Orlowski
Herr Michael Weber — bis TOP 13

SPD
Frau Sylvia Gorsler — Vorsitzende
Herr Markus Kollmeier
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michael Holler-Göller — als Vertretung für Herrn Eilmes
Herr Joachim Hood
Herr Janko Spieker — als Vertretung für Frau Labarbe
Frau Ruth Wegner — als Vertretung für Frau Mamerow

FDP
Herr Nick Focke

Die PARTEI
Herr Christian Loth — zu TOP 2

AfD
Herr Dr. Florian Sander

Die Linke
Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic	Integrationsrat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht	Seniorenrat, Vertretung für Frau Huber
Herr Daniel Müller	Psychiatriebeirat, Vertretung für Herrn Klein
Herr Kai Wittler	Beirat für Behindertenfragen, Vertretung für Herrn Winkelmann

Verwaltung

Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Simon Löwenstein CDU-	Fraktionsreferent
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter, Dezernat 5
Herr Sören Wiebusch	Stab Dezernat 5

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zur 45. Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Zwischen der SPD und der CDU sei Pairing vereinbart.

Zur **Tagesordnung** weist Vorsitzende Frau Gorsler die Ausschussmitglieder auf die Unterlagen im Informationssystem hin, besonders

- zu TOP 3.1 und 3.2 auf die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen der SPD mit den Drucksachennummern 9171 und 9172 sowie
- zu TOP 4 auf den Antrag der CDU mit der Drucksachennummer 9011 und die Änderungsanträge dazu von der AfD (Drucksachennummer 9078) und der LiB (Drucksachennummer 9228) und
- zu TOP 5 auf die Nachtragsvorlage „Verwendung von Restmitteln aus dem Integrationsbudget“ (Drucksachennummer 9093/1) sowie den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur Beschlussvorlage 9093/2020-2025 vom 04.12.2024 mit der Drucksachennummer 9229.

Herr Hood schlägt vor, den TOP 12 „Übergangsmanagement an Realschulen“ zusammen mit dem TOP 5 zu behandeln, da sich der Änderungsantrag auf diese Maßnahme beziehe.

Herr Copertino bemängelt, dass das Thema „Platzkümmer*in“ nur als Mitteilung vorgesehen sei, so dass keine Aussprache dazu möglich sei. Ihm wird entgegnet, dass diese Maßnahme ein Bestandteil der Antwort auf die SPD-Anfrage zu TOP 3.2 sei (Seite 1, Ziffer 2) und daher unter diesem TOP behandelt werden könne. Herr Copertino wünscht sich, dass solche Sachverhalte grundsätzlich als Informationsvorlage behandelt würden.

Die Anwesenden sind mit den vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung einverstanden.

Zu Punkt 1 **Genehmigung von Niederschriften**

Zu Punkt 1.1 **Genehmigung der Niederschrift über die 42. Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit dem Jugendhilfeausschuss am 29.10.2024**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 42. Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit dem Jugendhilfeausschuss am 29.10.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 29.10.2024**

Herr Weber bittet um folgende **Ergänzung** zu TOP 10, Seite 11:

„Frau Wegner und Herr Weber danken dem Seniorenrat und regen an, dass die Hausbesuche unter Einbeziehung des vorhandenen Engagements von Ehrenamtlichen und Institutionen **(z.B. Kirchen)** unterstützt werden und die Besuchten auf die unterschiedlichsten Angebote für ältere Menschen in ihrer Umgebung hingewiesen werden sollten."

Da es hiergegen keine Einwände gibt, lässt die Vorsitzende Frau Gorsler unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderung über die Niederschrift abstimmen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 29.10.2024 wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderung nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **mündlicher Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz**

Vorsitzende Frau Gorsler informiert über die öffentliche Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz am 13.11.2024. Themen waren u.a. die Aktualisierung des Pandemieplanes, Ergebnisse des kommunalen Integrationsmonitorings (Diskriminierung im Gesundheitswesen), die Umsetzung des Hitzeaktionsplans im Sommer, Gesundheitsfürsorge für Sexarbeiter*innen und die Humanitäre gynäkologische Sprechstunde.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre PSAG**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versendete Einladung der Sprechergruppe der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Bielefeld.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Sachstand aktuelle Belegung ehemaliges HBZ

Frau Krutwage informiert über die aktuelle Belegung: Zum Stichtag 01.12.2024 waren im ehemaligen Handwerkerbildungszentrum 29 Menschen untergebracht, darunter 2 Frauen. Diese recht hohe Belegungszahl resultiere auch aus der Entlastung der übrigen Einrichtungen in der Innenstadt. Dort gebe es nun aktuell 25 freie Plätze, die aber bei einer unwirtlicheren Witterung schnell belegt sein dürften.

Die Einrichtungsleitung des ASB für die Einrichtung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete habe heute mitgeteilt, dass der Betrieb und die Zusammenarbeit völlig störungsfrei abliefen. Hinweisen der Anwohner*innen werde nachgegangen, bisher habe es keine Probleme gegeben, die nicht händelbar seien.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung

Herr Copertino weist darauf hin, dass nunmehr die Beschlussfähigkeit des Gremiums nicht mehr gegeben sei. Es seien mehr sachkundige Bürger*innen als Ratsmitglieder anwesend. Das mit der SPD vereinbarte Pairing habe sich nicht darauf bezogen.

Die Vorsitzende Frau Gorsler unterbricht die Sitzung, um den Anwesenden Gelegenheit zu geben, die Beschlussfähigkeit wiederherzustellen.

- - - - - -
Sitzungsunterbrechung von 17:20 Uhr bis 17:30 Uhr.
- - - - - -

Vorsitzende Frau Gorsler tritt wieder in die Tagesordnung ein und stellt die Beschlussfähigkeit fest:
Herr Holler-Göller (skB) verzichte für die weitere Sitzung auf sein Mandat und Herr Loth (skB) sei gegangen. Damit seien mehr Ratsmitglieder als sachkundige Bürger*innen an den Beschlussfassungen beteiligt.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Platzkümmerer*in: Proaktive Positivbelebung der öffentlichen Fokusräume „Kesselbrink“ und „Nelson-Mandela-Platz"

- - - - -
Die Mitteilung des Büros für Sozialplanung wird zusammen mit TOP 3.2 behandelt.
- - - - -

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Weiterentwicklung des Suchthilfekonzeptes - Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.11.2024

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9171/2020-2025

- - - - -
Hinweis der Schriftführung:
Der TOP 3.1 wurde nach dem TOP 3.2 beraten.
- - - - -

Herr Kuhlmann hat eine Nachfrage zu Ziffer 1. der Antwort der Verwaltung, der Suche nach geeigneten räumlichen Lösungen für eine Anlaufstelle in Bahnhofsnähe. In der letzten Aufsichtsratssitzung der Stadthalle Bielefeld Betriebs-GmbH hätten hierzu Gerüchte kursiert. Herr Kuhlmann bittet um die Angabe, wann mit einem abgestimmten Vorschlag des Sozialdezernates zur Örtlichkeit zu rechnen sei.

Erster Beigeordneter Nürnberger verweist darauf, dass die Standortsuche und die Eigentumsfragen die größten Herausforderungen darstellten. Er kündigt an, dass er in der Februarsitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mitteilen werde, ob ein Standort für die Errichtung einer Anlaufstelle gefunden werden könne oder ob kein Platz zur Verfügung stehe. Er bittet um die Mitteilung der kursierenden Befürchtungen, um darauf reagieren zu können.
Frau Rammert regt an, besonders die Laufwege bei den Planungen zu berücksichtigen, denn im Bereich der Stadthalle seien bauliche Maßnahmen beabsichtigt. Die Laufwege sollten daher eher entlang des Bahnhofes zur Diamorphin-Praxis hin ausgerichtet werden und die Wellen vor der Stadthalle von Containern oder ähnlichem freigehalten werden. Der Aufsichtsrat bitte um einen direkten Austausch mit Bielefeld Marketing oder der Stadthalle Bielefeld Betriebs-GmbH.

Frau Weißenfeld bedankt sich für die Antwort der Verwaltung und bekräftigt, dass die Adressat*innen der Suchthilfe im Bahnhofsumfeld nicht einfach verschwinden würden, egal welche Maßnahmen ergriffen würden. Sie wünsche sich, dass in der Februarsitzung sachlich über die Maßnahmen im Bahnhofsumfeld beraten werden könne und offen und wertfrei nach Lösungen gesucht werde. Dazu sollten auch die Streetworker in der Szene nach Anregungen und Erfahrungen nachfragen. Frau Weißenfeld würdigt die Arbeit der Streetworker und bittet darum, bei aller streitigen Diskussion die Mitarbeiter*innen nicht zu beschädigen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Umsetzungsstand des HWBA-Beschlusses (Drs.-Nr.(8774/2020-2025) zum Thema Ordnung und Sicherheit - Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.11.2024

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9172/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung zu TOP 2.4 „Platzkümmerer*in: Proaktive Positivbelebung der öffentlichen Fokusräume `Kesselbrink´ und `Nelson-Mandela-Platz´“ und die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD (Drucksachennummer 9172/2020-2025).

Frau Weißenfeld möchte wissen, wie sich die Aufgaben eines Platzkümmerers von denen des Quartiersmanagements abgrenzten.
Erster Beigeordneter Herr Nürnberger weist auf die fünf Säulen der Kooperationsvereinbarung mit der Polizei hin. Das Sozialdezernat sei weder für die Polizei noch für das Ordnungsamt zuständig. Es verantworte die sozialen Angebote z.B. für wohnungslose oder suchterkrankte Menschen und sei gefordert bei dem Thema der Belebung der Plätze, um diese attraktiver und gut nutzbar zu machen. Nicht abgegrenzt, sondern als Ergänzung zum Quartiersmanagement solle dessen Träger mit einer halben Stelle eines „Platzkümmerers“ verstärkt werden, um gezielt Aktivitäten auf dem Nelson-Mandela-Platz im Ostmannturmviertel und dem Kesselbrink voranzutreiben. Dadurch solle eine öffentliche Kontrolle des öffentlichen Raumes geschaffen werden. Dieses Konzept werde bereits in anderen Großstädten und auch in Bielefeld erfolgreich durchgeführt.

Frau Weißenfeld fragt, ob und inwieweit die Nachbarkommunen ihre Angebote der Drogenhilfe erweiterten, möglicherweise als Reaktion auf Bitten der Stadt Bielefeld.
Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet hierzu, dass der – heute krankheitsbedingt abwesende - Suchthilfekoordinator der Stadt Bielefeld in die Gespräche eingestiegen sei. Dabei gebe es ein großes Interesse an der fachlichen Expertise der Stadt Bielefeld. Ob Bereitschaft zur Verstärkung eigener Maßnahmen bei den Nachbarkommunen, insbesondere bei den größeren wie Herford, Gütersloh oder Paderborn, bestünde, sei aktuell unklar.

Frau Weißenfeld fragt nach der Möglichkeit, an der Stelle des Kiosks, der geschlossen werde, eine mobile Wache für den Kesselbrink einzurichten und ob es seitens der Polizei Interesse daran gebe.
Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass er über die mögliche Nutzung des Kiosks mit der Polizeipräsidentin gesprochen habe, wie auch schon vorher über die Idee aus dem politischen Raum, den Grünen Würfel als Polizeistandort zu nutzen. Es gebe kein Interesse der Polizei an der Nutzung dieser Immobilien. Sie seien aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht geeignet.

Frau Beier äußert sich positiv darüber, die Idee des Platzkümmerers für zwei Jahre auszuprobieren und zeigt wenig Verständnis für die vorangegangenen Äußerungen der CDU in der Presse, die ihrer Ansicht nach den Sachverhalt verkürzt und karikierend wiedergegeben hätten. Sie frage die CDU nach konstruktiven konkreten Vorschlägen für sozialpräventive Maßnahmen.

Herr Gugat meint, es fehle weiterhin ein Antidiskriminierungskonzept, welches er seit zwei Jahren einfordere.

Herr Copertino sieht in der Antwort der Verwaltung viele Ankündigungen und wenig Konkretes. Er verweist hinsichtlich der von Frau Beier geforderten konkreten Vorschläge auf den Antrag seiner Fraktion zu TOP 4.1 „Zielgerichtete Prävention“ (Drucksachennummer 9011/2020-2025). Seine Fraktion halte den Platzkümmerer für keine taugliche sozialpräventive Maßnahme, sondern für Geldverschwendung, da keine Effekte zu erwarten wären.
Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erwidert, dass hinsichtlich der Anfrage zu TOP 3.1 viele Dinge erst in der Planung seien, da die Aufträge aus der Politik wenige Wochen alt wären und es auch nicht um banale Angelegenheiten gehe.
Die Antwort der Verwaltung zur Anfrage unter TOP 3.2. spreche dagegen nicht von Prüfaufträgen oder Ankündigungen, sondern konkret von sieben Maßnahmen, die durchgeführt würden. Die Drogenberatung erreiche täglich wechselnd rd. 160 Menschen, also mehrere hundert Personen, die auf die Hilfsangebote ansprächen. Damit sei Bielefeld hervorragend aufgestellt. Dies führe aber nicht dazu, dass Drogenabhängigkeit und die davon betroffenen Menschen verschwänden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Zielgerichtete Prävention

Beratungsgrundlage:
Drucksache: **9011/2020-2025** Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2024,
9078/2020-2025 Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025 vom 12.11.2024 und
9228/2020-2025 Änderungsantrag der LiB zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025 vom 04.12.2024

Vorsitzende Frau Gorsler gibt den Antragstellern Gelegenheit, die Anträge einzubringen und zu begründen.

Drucksache: **9011/2020-2025** Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2024

Antragstext:
1. Die Verwaltung wird die einzelnen Angebote und Einrichtungen der Drogenhilfe in Bielefeld jährlich auf ihre Wirkungsweise, Zielgenauigkeit und Effizienz prüfen. Das Controlling dient als Grundlage, um Entwicklungen und Veränderungen schneller zu erkennen und die Hilfsangebote an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Über die Ergebnisse werden die zuständigen kommunalen Gremien fortlaufend informiert.

2. Der Zugang zu den verschiedenen Angeboten und Einrichtungen der Drogenhilfe in Bielefeld soll künftig und mittelfristig nur denen vorbehalten sein, die ihren Wohnsitz auch in der Stadt haben. Die Städte und Gemeinden in der Umgebung müssen selbst Angebote vorhalten. Die Verantwortung kann nicht allein auf Bielefeld abgeschoben werden. In diesem Zusammenhang stimmt die Verwaltung ihr weiteres Vorgehen mit allen an einer Zusammenarbeit interessierten Städten und Gemeinden aus der Region ab.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein erweitertes Angebot an Tagesruhebetten im Bahnhofsumfeld zu schaffen. Hierdurch wird Drogenkranken bei Erschöpfung und Ermüdung ein Rückzugsort außerhalb des öffentlichen Raumes ermöglicht. Dadurch sollen die Schwerstabhängigen stabilisiert werden und Vertrauen aufgebaut werden.
4. Das Durchschnittsalter der suchterkrankten Menschen in Bielefeld steigt seit Jahren kontinuierlich an. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, welches die mit dem Alter einhergehenden spezifischen Herausforderungen (beispielsweise Fragen der Pflege und Gesundheitsvorsorge) berücksichtigt und Lösungen aufzeigt. Das Konzept ist zur Beratung dem Fachausschuss bis Mitte 2025 vorzulegen.
5. Eine entscheidende Rolle bei der Suchthilfe kommt der aufsuchenden Straßensozialarbeit zu. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, in der Innenstadt gemeinsame Teams aus Straßensozialarbeit und Ordnungsamt zu bilden und welchen Personalaufwand dies auslöst. Ziel der Zusammenarbeit ist es, Drogenkranken unkomplizierte Hilfs- und Unterstützungsangebote aufzuzeigen und gleichzeitig für ein konsequentes Konfliktmanagement im öffentlichen Raum zu sorgen.
6. Es ist notwendig, die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt als repressivem Teil noch besser mit den Präventionsmaßnahmen der verschiedenen Angebote und Einrichtungen der Drogenhilfe in Bielefeld zu verbinden. Die Verwaltung erarbeitet dazu ein entsprechendes Konzept, um die Einnahme von Drogen in die Einrichtungen zu verlagern und gleichzeitig den offenen Konsum von Drogen auf der Straße und in Grünanlagen einzudämmen.

Herr Copertino verweist auf seine Begründung des Antrages in der Ratssitzung am 14.11.2024.
Dort habe es eine scharfe Diskussion gegeben und es seien viele Argumente ausgetauscht worden. Die CDU wolle mit dem Antrag nicht bisherige Beschlüsse in Frage stellen, sondern neue Impulse setzen und die Umsetzung von Verbesserungen an den neuralgischen Stellen erreichen. Die Zustimmung der CDU zur 90/10-Öffnung der Drogenberatungsstelle für Menschen ohne Meldewohnsitz in Bielefeld sei nur eine vorübergehende, perspektivisch wolle sie davon abrücken.

Drucksache: **9078/2020-2025** Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025 vom 12.11.2024

Antragstext:
Der Antrag (Drs. 9011/2020-2025) wird wie folgt geändert:
1.) In Absatz 2 wird im ersten Satz „künftig und mittelfristig“ ersatzlos gestrichen.
2.) In Absatz 3 wird der erste Satz wie folgt geändert (Änderungen fett markiert):
*„Die Verwaltung wird beauftragt, ein erweitertes Angebot an Tagesruhebetten **außerhalb des Bahnhofsumfelds** zu schaffen.“*

3.) Absatz 5 wird ersatzlos gestrichen.
4.) In Absatz 6 wird der zweite Satz wie folgt geändert (Änderungen fett markiert):
Die Verwaltung erarbeitet dazu ein entsprechendes Konzept, ***um den Drogenkonsum in Bielefeld insgesamt einzudämmen und ihren Teil zur effektiven und umfassenden Bekämpfung des Drogenhandels in Bielefeld zu leisten.“***
5.) Dem Antrag wird ein weiterer Absatz hinzugefügt, der wie folgt lautet:
„Eine besondere und neue Problematik im Rahmen der Drogenszene besteht in einer Zunahme des Konsums von Crack. Dies hat zur Folge, dass Teile der Szene vermehrt auch durch aggressives und / oder autoaggressives Verhalten auffallen, was auch weitere Negativfolgen für die objektive Sicherheitslage mit sich bringt. Die Verwaltung erarbeitet daher gemeinsam mit der Polizei ein Konzept, das sich spezifisch den Herausforderungen durch den gesteigerten Crack-Konsum in Bielefeld widmet und Ansätze zur Bekämpfung dessen aufzeigt. Hierbei soll auch evaluiert werden, ob die Suchthilfe-Angebote in Bielefeld hinreichend aufgestellt und vorbereitet sind, um sich auch dieses (in Relation gesehen) neueren Problems annehmen zu können.“

Herr Dr. Sander begründet den Antrag. Er wirft der CDU vor, in ihrem Antrag das Gegenteil von dem zu fordern, was sie in HWBA und im SGA mit beschlossen habe. Ein gemeinsames Auftreten von Mitarbeitenden der Polizei, des Ordnungsamtes und des Streetworks lehne er ab. Die von der Verwaltung geplanten und die von der CDU beantragten Maßnahmen würden die Szene in das Bahnhofsumfeld ziehen und dort halten. Seiner Ansicht nach sollten Hilfsangebote daher in großer Entfernung vom Bahnhof gemacht werden. Sein Fernziel sei es, den Konsum illegaler Drogen in Bielefeld abzustellen. Er vermisse Lösungen für das zunehmende Crack-Problem.

Drucksache: **9228/2020-2025** Änderungsantrag der LiB zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025 vom 04.12.2024

Antragstext:
1. Wird ersatzlos gestrichen
2. Wird ersatzlos gestrichen
3. Wird ersatzlos gestrichen
4. Der erste Satz wird wie folgt geändert: „Das Durchschnittsalter der suchterkrankten Menschen in Bielefeld sinkt und gleichzeitig steigt die absolute Zahl von suchterkrankten Menschen höheren Alters.“
5. Wird ersatzlos gestrichen
6. Wird ersatzlos gestrichen

Herr Gugat begründet seinen Antrag.

Frau Weißenfeld strebt weiterhin eine gute Zusammenarbeit aller Akteure im Drogen- und Suchthilfesystem an und möchte eine breite Unterstützung der Politik hierfür erreichen. Sie geht auf die einzelnen Punkte des CDU-Antrages ein und signalisiert Zustimmung zu Punkt 3. sowie Ablehnung der Punkte 2. und 5. Bei den Punkte 1., 4. und 6. sehe sie noch Gesprächsbedarf und biete die gemeinsame Suche nach guten Lösungen an.

Herr Hood äußert sich zu den einzelnen Antragspunkten. Er fragt u.a., wie bzw. woran der Erfolg eines Suchthilfesystems gemessen werden solle. Er

lenkt den Blick auf die Bedürfnisse von Schwerstabhängigen und lehnt die vorgeschlagenen gemeinsamen Teams von Ordnungsamt, Polizei und Streetwork vehement ab. Er erinnert an die gemeinsame Einrichtung des Drogenkonsumraumes, damals gegen erhebliche Widerstände. Jetzt seien die steigende Anzahl an Drogenkonsumenten und der Konsum anderer und neuer Drogen Herausforderungen der Drogenpolitik, die zum Teil nur langwierig und mit schmerzhaften Kompromissen bewältigt werden könnten. Er halte den im HWBA gemeinsam beschlossenen Ansatz für den richtigen Weg und regt an, mit den Akteuren im Suchthilfesystem in intensivere Diskussionen einzusteigen. Dies könne auch außerhalb des Ausschusses z.B. bei einem Symposium mit Fachleuten geschehen.

Herr Klein berichtet aus der Sitzung des Psychiatriebeirates am 20.11.2024 und teilt die Empfehlungen des Gremiums zu den einzelnen Antragspunkten mit.

Herr Paus kritisiert, dass zwei Themen gleichzeitig diskutiert würden, die in seinen Augen getrennt voneinander gehalten werden sollten. Das wäre zum einen die Suchtkrankenhilfe und zum anderen das Sicherheitskonzept in der Stadt, auch wenn es Überschneidungen gebe z.B. beim Handel mit illegalen Drogen.
Der Platzkümmerer gehöre zur klassischen Quartiersarbeit, denn er kümmere sich um die Menschen, die rund um den Platz wohnten und ihr Unsicherheitsgefühl, welches sie möglicherweise an der adäquaten Platznutzung hindere.
Herr Paus geht auf die einzelnen Antragspunkte ein. Bielefeld werde wie jede andere Großstadt allein aufgrund der Größe der Kommune von Konsumenten illegaler Drogen aufgesucht.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger geht auf Fragen aus der Diskussion ein. Es gebe bereits Angebote für ältere Suchterkrankte: eine Wohngruppe des Johanneswerkes in der Ernst-Rein-Straße und das Boysenhaus an der Verler Straße in Eckardtsheim. Ob eine Ausweitung von Angeboten notwendig sei, müsse gemeinsam mit den Trägern beobachtet werden.

Außerhalb des Drogenkonsumraumes dürfe der Konsum illegaler Drogen nicht geduldet werden, auch und gerade nicht in Einrichtungen wie der KAVA noch im Grünen Würfel. Selbst der Konsum im Drogenkonsumraum sei auf bestimmte Drogen beschränkt.

Herr Hood schlägt unter Berücksichtigung der bisherigen Diskussion einen Beschluss zu den Angeboten für alternde und ältere Suchtkranke vor, wonach die Verwaltung die vorhandenen Angebote sowie Problemanzeigen aufzeigen solle und Vorschläge für weitere Angebote erarbeiten solle.

Herr Copertino bietet an, über die einzelnen Punkte des CDU-Antrages getrennt abzustimmen.

Frau Weißenfeld lehnt die ad-hoc-Formulierung eines gemeinsamen Beschlusses ab und wünscht sich stattdessen eine Verschiebung der Abstimmung, um miteinander zu sondieren, welche Maßnahmen bzw. Angebote es schon gebe und welche neuen noch angeschoben werden sollten.

Herr Paus drückt den Wunsch nach einer großen Mehrheit für Beschlüsse zum örtlichen Suchthilfesystem aus. Mithilfe des Sitzungsprotokolls könne

der Antrag so verändert werden, um eine möglichst breite Mehrheit zu erhalten. Darüberhinausgehende Anträge könnten dann immer noch gestellt und eventuell verworfen werden. Aus Sicht der Träger sei der breite politische Konsens für die Suchthilfe wichtig.

Herr Copertino greift die vorgenannten Argumente und Wünsche auf und beantragt die 1. Lesung für den CDU-Antrag. Herr Gugat und Herr Sander sind mit der 1. Lesung ihrer Anträge ebenfalls einverstanden und bitten um ihre Einbeziehung bei der Formulierung eines gemeinsamen Antrages für die nächste Sitzung.

Nach ausführlicher Diskussion einigen sich die Anwesenden, die Anträge in **1. Lesung** zu behandeln, um bis zur nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses anhand der vorgebrachten Argumente und Stellungnahmen einen Beschlussvorschlag zu finden, der auf breite Zustimmung treffe.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5 und Punkt 12 (öffentlich)

Verwendung von Restmitteln aus dem Integrationsbudget Übergangsmanagement an Realschulen

Beratungsgrundlage:
Drucksache: **9093/2020-2025,**
9093/2020-2025/1,
9015/2020-2025 Übergangsmanagement an Realschulen
und
9229/2020-2025 (Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 04.12.2024)

Frau Adilovic berichtet aus der Beratung der Drucksachennummer 9093/2020-2025 im Integrationsrat am 30.11.2024. Dessen Wunsch nach der Aufstockung der Mittel für eine sozialintegrative Maßnahme für Betroffene von antimuslimischer Diskriminierung sei in der ergänzenden Nachtragsvorlage Drucksachennummer 9093/2020-2025/1 berücksichtigt, deren Beschluss sie daher empfehle.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer **9015/2020-2025** zur **Kenntnis**. –

Drucksache: **9229/2020-2025** Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur Beschlussvorlage 9093/2020-2025 vom 04.12.2024

Zur Begründung des Antrages der Koalition verweist Herr Hood auf das erfolgreiche Projekt des Übergangsmanagements an Realschulen, welches bisher aus Integrationsmitteln finanziert wurde und nachhaltige arbeitsmarktpolitische Wirkungen erziele. Das Projekt solle aus den verbleibenden und evtl. wieder freiwerdenden Mitteln des Integrationsbudgets weiterfinanziert und eine darüberhinausgehende Finanzierung angestrebt werden.

Herr Copertino kündigt an, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde.

Antragstext:
1. Aus den bisher nicht verausgabten Mitteln des Integrationsbudgets werden die in der Begründung dargestellten Maßnahmen und Angebote gefördert.
2. Das erfolgreiche Übergangsmanagement an Realschulen (siehe DS 9015/2020-2025) wird über den Sommer 2025 hinaus aus den verbleibenden Mitteln des Integrationsbudgets für das Schuljahr 2025/2026 finanziert (91.000 €).
3. Sofern Mittel des Integrationsbudgets ungenutzt bleiben (z.B. wegen Nichtbewilligung ergänzender Fördermittel), wird damit das o.g. Übergangsmanagement weiter finanziert. Zudem sollen etwaige Haushaltsverbesserungen eingesetzt werden, um auf das bisherige Stellenniveau von 2 VZÄ zu kommen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu machen, wie die Finanzierung des Übergangsmanagements ab dem Jahr 2026/2027 verstetigt werden kann.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Drucksache **9093/2020-2025 wird zusammen mit** der Nachtragsvorlage mit der Drucksachennummer **9093/2020-2025/1** beraten und abgestimmt.

Unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrages fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

abweichenden Beschluss:

Auf Empfehlung des Integrationsrates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

1. Aus den bisher nicht verausgabten Mitteln des Integrationsbudgets werden die in der Begründung dargestellten Maßnahmen und Angebote *(9093-1 Anlage)* **gefördert.**
2. Das erfolgreiche Übergangsmanagement an Realschulen (siehe DS 9015/2020-2025) wird über den Sommer 2025 hinaus aus den verbleibenden Mitteln des Integrationsbudgets für das Schuljahr 2025/2026 finanziert (91.000 €).
3. Sofern Mittel des Integrationsbudgets ungenutzt bleiben (z.B. wegen Nichtbewilligung ergänzender Fördermittel), wird damit das o.g. Übergangsmanagement weiter finanziert. Zudem sollen etwaige Haushaltsverbesserungen eingesetzt werden, um auf das bisherige Stellenniveau von 2 VZÄ zu kommen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu machen, wie die Finanzierung des Übergangsmanagements ab dem Jahr 2026/2027 verstetigt werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Ergebnisse der Regionalplanungskonferenz des Psychiatriebeirates am 20.11.2024**

Herr Klein und Herr Müller berichten aus der Regionalplanungskonferenz, die im Rahmen der 17. Sitzung des Psychiatriebeirates am 20.11.2024 stattgefunden hat.
Herr Klein hält von den vorgestellten Daten die steigende Zahl der Zwangseinweisungen für bemerkenswert. Weitere Themen seien die Zugänge zur ambulanten Psychotherapie und die psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gewesen. Bei letzterer hätten sich erhebliche Problemanzeigen ergeben, so dass der Psychiatriebeirat dieses Thema in einer nächsten Sitzung aufgreifen wolle.

Vorsitzende Frau Gorsler verabschiedet Herrn Klein als sachkundigen Bürger im Sozial- und Gesundheitsausschuss und begrüßt Herrn Müller als neuen Vorsitzenden des Psychiatriebeirates.

-.-.-

Zu Punkt 7 **Nutzung der Liegenschaft Schillerstraße 73 a für die Unterbringung wohnungsloser Menschen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9109/2020-2025

Frau Wegner dankt der Verwaltung und lobt den zielführenden Ortstermin.

Beschluss:

Auf Empfehlung der Bezirksvertretung Schildesche beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das bislang für die Unterbringung wohnungsloser geflüchteter Menschen genutzte Objekt an der Schillerstr. 73a, 33609 Bielefeld für die ordnungsbehördliche Unterbringung einheimischer wohnungsloser Menschen zu nutzen.
Die Belegung soll im Dezember beginnen und ist bis auf Weiteres vorgesehen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Prüfauftrag zu Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2024)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9165/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 9165/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 9 **Ergebnisse der Prüfung, ob die Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher*innen bei der Stadt Bielefeld vorteilhaft sein könnte - 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8498/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 8498/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 9.1 **Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher*innen bei der Stadt Bielefeld (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 04.09.2024) - 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8644/2020-2025/1

Frau Weißenfeld hält das vorgeschlagene Modell mit zwei Teilzeitkräften momentan für nicht zweckmäßig und präferiert den flexiblen Einsatz von Honorarkräften. Dazu entgegnet Herr Wittler, dass es sinnvoll sei, Gebärdendolmetscher vor Ort zu haben, da Honorarkräfte nicht so leicht zu bekommen seien und dafür oft ein langer Vorlauf nötig sei.

Herr Copertino kündigt an, dass auch seine Fraktion gegen die Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen stimmen werde. Derzeit gebe es keinen Spielraum für weiteres Personal und die Fortschritte bei der Anwendung von Künstlicher Intelligenz sollten abgewartet und genutzt werden. Auch er sehe die Schwierigkeiten des vorgestellten Teilzeitmodells.

Frau Rammert schlägt vor, dass es bei online-Terminbuchungen auf der Homepage der Stadt Bielefeld (bielefeld.de) die Möglichkeit geben solle, Unterstützungsbedarfe wie z.B. Barrierefreiheit, Hörverstärkung oder Sprachmittler anzugeben, so dass diese Unterstützung bei der Wahrnehmung des Termins vorhanden sei.

Herr Gugat fragt, ob die Fortbildung von Mitarbeitenden der Verwaltung in Gebärdensprache helfen könne, damit niedrigschwellig Unterstützung angeboten werden könne. Hierzu merkt Herr Paus an, dass es unterschiedliche Gebärdensprachen gebe und das eher für eine externe Vergabe spreche. Herr Dr. Sander regt an, dass die Verwaltung bei der Auswahl von Nachwuchskräften auf Kenntnisse der Gebärdensprache achten solle. Herr Wittler sagt, dass die Unterschiede bei den Gebärdensprächen nicht so groß seien und befürwortet den Vorschlag, gebärdensprechende Mitarbeitende aus der Verwaltung zu fördern.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger gibt zu bedenken, dass es sich bei Gebärdendolmetscher*innen um eine sehr knappe Ressource handele und der TVöD wahrscheinlich nicht attraktiv genug sei, um Gebärdendolmetscher*innen als städtische Mitarbeitende zu gewinnen. Die Anforderungen müssten flexibel bedient werden, daher würde derzeit auf Honorarkräfte zurückgegriffen. Die Ideen aus der heutigen Beratung würden

aufgegriffen und die Verwaltung werde hierzu zu einem späteren Zeitpunkt berichten.

Zum Abschluss der Diskussion lässt die Vorsitzende Frau Gorsler über die Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Finanz- und Personalausschuss besonders, basierend auf den Erkenntnissen der Informationsvorlage 8498/2020-2025, eigene Gebärdensprachdolmetscher*innen bei der Stadt Bielefeld zu beschäftigen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 10 Öffentliche Toiletten in Bielefeld - Sachstand

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9082/2020-2025

Frau Beier ärgert sich über die Darstellung des Sachverhaltes. Bereits im Oktober 2023 hätten sich die politischen Gremien dafür ausgesprochen, die für die Konzeptentwicklung vorgesehenen 120.000 Euro für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Toilettensituation zu verwenden. Diese Sofortmaßnahmen seien z.B. eine gut erkennbare Beschilderung der vorhandenen öffentlichen Toiletten oder der Ausbau der „netten Toilette“. Hier sei bis heue kein Fortschritt zu erkennen, wenigstens würden die 120.000 Euro ins nächste Haushaltsjahr übertragen und stünden weiter zur Verfügung.

Frau Rammert weist auf die vielen Rechtschreibfehler im Beispielsteckbrief hin und bittet dringend um die Korrektur vor einer Veröffentlichung.

Herr Hood hält die Informationsvorlage für eine Frechheit und fordert eine Beratung mit einer Berichterstattung des Bauamtes in der nächsten Sitzung. Herr Paus regt an, der Verwaltung Zeitvorgaben für die Erledigung von Aufträgen zu machen-

Vorsitzende Frau Gorsler kündigt an, dass die Kritik aufgegriffen und in einer der nächsten Sitzungen behandelt werde.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 9082/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 11 Rahmenvorgaben für die Konzeptvergabe bei mehrgeschossigem Wohnungsbau i. S. d. Bielefelder Baulandstrategie

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8804/2020-2025

Die Frage von Herrn Holler-Göller bezüglich der Einbeziehung des Sozialdezernates bzw. des Büros für Sozialplanung beantwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger dahingehend, dass das Dezernat für Soziales und Integration bei der Konzepterstellung als auch bei der Vergabe ausreichend eingebunden würden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 8804/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 12 Übergangsmanagement an Realschulen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9015/2020-2025

- - - -
Hinweis der Schriftführung: Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 5 behandelt und protokolliert.
- - - -

-.-.-

Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Frau Krutwage berichtet über den Beitritt der Stadt Bielefeld zur Initiative „Assistenzhundfreundliche Kommune“.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet zum beschlossenen Antrag über die Aus- und Weiterbildungsinitiativen über die Arbeitsgruppe zur Beratungslandschaft und weist auf eine Website der Bundesagentur für Arbeit zur beruflichen Weiterbildung hin: www.mein-now.de. Daneben vermittle der Jobmonitor der Bertelsmann Stiftung, www.jobmonitor.de, zahlreiche Informationen zu den Nachfrageentwicklungen am Arbeitsmarkt. Die Verwaltung rede mit der Bundesagentur für Arbeit über das Kölner Bildungsmodell und überlege, es ggf. für einzelne Berufe auszuprobieren. Er kündigt eine Informationsvorlage zu dem Thema für die Februarsitzung an.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass zum Eckdatenbeschluss die Träger angeschrieben worden seien, um im standardisierten Verfahren Problemanzeigen zu melden. Sie sollten ihre Eigenanteile und Regiekosten mitteilen. Zum Abbau von Bürokratie insbesondere bei den Verwendungsnachweisen beginne Anfang 2025 ein Prozess mit den beteiligten Ämtern.

Zur Aufklärung über die Möglichkeiten der vertraulichen bzw. anonymen Geburten werde eine Werbekampagne „Ich bin schwanger, was nun?“ mit den Partnerorganisationen wie z.B. pro familia vorbereitet.

Zum Umsetzungsstand der beschlossenen Maßnahmen bei den Hilfen für Menschen auf der Straße berichtet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass das Interessenbekundungsverfahren für Peer-to-Peer-Streetwork für Migrant*innen abgeschlossen und zugunsten des Trägers „Afrika Wakati“ entschieden worden sei. Die Sonntagsöffnung des Drogenhilfezentrums werde sehr gut angenommen. Es gebe keinen Unterschied zu den übrigen Wochentagen, was für die Mitarbeitenden eine große Herausforderung sei. Für die Öffnung des Drogenkonsumraumes nach der beschlossenen 90/10-Regelung stehe noch die Genehmigung der Bezirksregierung aus.

Herr Kuhlmann bittet um weitergehende Informationen über die Maßnahme Peer-to-Peer-Streetwork für Migrant*innen.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

-.-.-

gez. gez.

Sylvia Gorsler Britta Zimmermann